



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

M. S. v.: Die Verlegung der marburger Universität nach Frankfurt a. M.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Zuständen und Einrichtungen entfernte, desto größer wurde die Kluft zwischen dem historischen ständischen Standpunkt und der fingirten Stellung der Ritter- und Landschaft als Volks- und Landesvertreter. Und je größer diese Kluft wurde, desto schiefere wurde die Position der Stände: sie möchten gerne noch ferner als einzige Vertreter des Landes gelten und können doch ihren wahren, den ständischen Standpunkt nicht verleugnen, weil sie sich nicht selbst verleugnen können. Die Stände mögen daher immerhin den Versuch machen, noch eine Weile den Naturgesetzen der staatlichen Entwicklung zu trotzen, den Anforderungen des Bundes können sie auf die Dauer nicht gerecht werden.

Eine Steuerreform im modernen Sinne ohne gleichzeitige Reform der Landesverfassung ist unmöglich. Letztere hat Mecklenburg bisher dauernd nicht zu erringen vermocht, die erstere ist jetzt durch die Forderungen des norddeutschen Bundes unumgänglich nöthig geworden. Wenn gleich diesem keine directe Einwirkung auf die innern Verfassungsverhältnisse der Einzelstaaten eingeräumt ist, so darf Mecklenburg doch hoffen, eher, als es sonst geschehen sein dürfte, bei indirecter Einwirkung des Bundes seine abgelebten Institutionen durch eine Neuschöpfung ersetzt zu sehen.

Die Verlegung der marburger Universität nach Frankfurt a. M.

Aus Hessen.

Vor einiger Zeit ist in Ihren Blättern die Frage der Verlegung der Universität Kiel nach Hamburg zur Erörterung gekommen. Auf Anlaß der Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses vom 15. December dürfte es geeignet sein, auch der Frage einer Verlegung der marburger Universität nach Frankfurt a. M. kurze Besprechung zu widmen. Denn in jenen Verhandlungen ist eine solche Verlegung von den Abgeordneten v. Patow und Graf Schwerin warm empfohlen worden und der Cultusminister v. Mähler hat die Möglichkeit eines späteren Zurückkommens der Regierung auf diesen von ihr schon einmal erwogenen Plan angedeutet.

Wir sollten meinen, daß man bei Fragen solcher Art zunächst untersuchen muß, ob das Vorhandene unhaltbar ist, bevor man die Gründe prüft, welche für das an seine Stelle zu setzende Neue geltend gemacht werden: in unserm Falle wird es sich also zuvörderst darum handeln müssen, ob Marburg als Universität nicht erhalten werden kann. In den politischen Kämpfen des Kurfürstenthums Hessen bildete der traurige Zustand Marburgs

ein beliebtes Steckenpferd der Opposition, zum Theil mit Recht, zum Theil mit Unrecht. Freilich hat es die kurhessische Regierung häufig daran fehlen lassen tüchtige Kräfte, der Universität die durch auswärtige Berufungen entzogen wurden, zu erhalten; allein dabei darf auch nicht übersehen werden, daß die eng begrenzten Verhältnisse einer Anstalt, welche ihrem ganzen Zuschnitte nach nur eine für die Angehörigen eines kleinen Territoriums bestimmte Landesuniversität war, wenig Fesselndes für strebende Gelehrte haben konnte, denen anderswo ein größerer Wirkungskreis geboten wurde. In dieser Beziehung hat die kurze Zeit der preussischen Herrschaft den auf Marburg lastenden Bann gelöst: neue sehr beträchtliche Lehrkräfte sind während derselben für sie gewonnen worden, die Zahl der Studenten hat sich um ein sehr Beträchtliches vermehrt. Geradezu lächerlich aber ist es, wenn Marburg, weil es der Wohnort Wilmar's war, als der Heerd der kirchlichen und politischen Reaction dargestellt wird. Unter den deutschen theologischen Facultäten gibt es vielleicht wenige, in denen eine mild vermittelnde Richtung so vorherrschend ist wie in der marburger, und was die politische Stellung der Universität betrifft, so braucht man blos an die Thatsache zu erinnern, daß dieselbe Pauli zu ihrem Vertreter im Herrenhause gewählt hat, — und dann einen vergleichenden Blick auf Göttingen zu werfen.

Wir wissen, daß wir eine Saite anschlagen, die nicht bei Allen Anklang findet, wenn wir auf die Geschichte Marburgs und insbesondere darauf aufmerksam machen, daß es die älteste protestantische Universität ist; aber wir wollen deshalb unsere Meinung nicht verschweigen. Nur eine raschlebige und auf den Augenblick gestellte Zeit kann vergessen, daß Geist und Charakter einer Hochschule nicht blos durch die Personen bedingt sind, welche sie augenblicklich zusammensetzen, sondern zum großen Theile auch durch ihre Vergangenheit. Insbesondere in ungünstigen Perioden, wie sie jede Anstalt einmal durchmachen kann, erhält der Gedanke an sie Muth und Spannkraft ihrer Mitglieder; aber auch in günstigeren steht deren Thun und Lassen mehr unter dem Einflusse der Tradition als sie sich selbst oft eingestehen. Verfolgt man nun die marburger Universität durch die Jahrhunderte ihres Bestehens, betrachtet man sie, wie sie im siebenzehnten Jahrhundert nach theilweiser Zerstörung unter dem Landgrafen Wilhelm IV. gleichsam aus der Asche wieder auflebte, bedenkt man, wie sie auch in unserem Jahrhundert wiederholt kritische Perioden siegreich überstanden hat, so wird man unwillkürlich zu der Annahme geleitet, daß ihr eine gewisse Lebenskraft inne wohnt. Insbesondere aber enthält die sehr große Zahl bedeutender akademischer Lehrer von Savigny und Bangerow bis auf Zeller und v. Sybel, welche von ihr ausgegangen ist, ein unverwerfliches Zeugniß für ihre Lebenskraft: nur nebenbei

sei auch an die Vorliebe erinnert, mit welcher die auf ihr gebildeten hessischen Schulmänner überall gesucht werden.

Die Interessen aller gebildeten Einwohner des ehemaligen Kurfürstenthums sind auf das Mannigfaltigste an Marburg geknüpft. Auf hundertfache Weise sendet die Universitätsstadt die Strahlen eines nicht näher zu detaillirenden Einflusses durch das an hervorragenden Städten arme Land aus; seiner Jugend erleichtern zahlreiche Studienstiftungen die Existenz in derselben; gewöhnlich tragen auch alte Familienbeziehungen dazu bei, derselben diese angenehm zu machen und ihr während ihrer Studienzzeit einen Halt zu geben. Wollte die preussische Regierung alle diese Fäden gewaltsam zerstören oder künstlich nach einem andern Punkte zu leiten versuchen, so würde uns das höchst gewagt erscheinen; vielmehr halten wir es für ihre Aufgabe den Wirkungskreis des vorhandenen Mittelpunktes so zu erweitern, daß er in keiner Weise zum Herde eines Geistes provincienteller Abgeschlossenheit werden kann.

Es ist wohl gesagt worden, daß Marburg, weil am Abhange eines Berges gelegen, nicht hinreichend vergrößert werden könne; allein unter diesem Berge dehnt sich ein stattliches Thal aus, das der Baulust Spielraum in Menge bietet. Am wenigsten kann der geringe Unternehmungsgeist der marburger Bürgerschaft hierbei ein Hinderniß bilden. Sollte diese, durch die zu große Leichtigkeit, mit der ihr so lange Zeit der Verdienst zugeflossen ist, verweichlicht, die Vortheile der neuen Verhältnisse nicht zu benutzen verstehen, so würde sich bald von selbst das natürliche Gesetz des Verkehrs geltend machen, d. h. es würden unternehmende auswärtige Kräfte die fehlenden einheimischen ersetzen. Dagegen ist die schöne Naturumgebung Marburgs ein wahrlich nicht zu unterschätzender Factor, wo es sich um den bildenden Einfluß der Universität auf die studirende Jugend handelt.

Würde die marburger Universität nach Frankfurt verlegt, so müßte sie selbstverständlich das ihre Existenz zunächst bedingende Vermögen, ihre Studienstiftungen und das Inventar ihrer Institute wie namentlich ihre für eine kleine Universität gut versehene Bibliothek mit sich führen, so daß auch bei beträchtlicher Erweiterung der Lehrmittel der historische Ruhm der Gründung nicht den Hohenzollern, sondern den hessischen Landgrafen Philipp dem Großmüthigen und Wilhelm VI. zufallen würde: knüpft sich dieser Ruhm doch schon jetzt vielmehr an den Ersteren als an den Letzteren. Es will uns bedünken, als ob es des preussischen Königshauses, das jetzt in den ehemaligen Fürsten der neu gewonnenen Länder auch seine Vorfahren zu erblicken hat, würdiger wäre der Stiftung Philipp's des Großmüthigen neuen Glanz zu geben als den Schein zu erwecken, es wolle es sein Andenken verdunkeln und die ihm gebührenden historischen Ehren auf sich überleiten. Der öfter ausgesprochene Gedanke, daß die neue politische Gestaltung Deutschlands auch

eine wissenschaftliche Neuschöpfung in ihrem Gefolge haben müsse, würde darum durch das angegebene Mittel nicht einmal recht seine Verwirklichung finden.

Aber dieser Gedanke leidet, insofern damit die Neuschöpfung einer Universität gemeint ist, auch noch an einem andern Mangel: er entspricht keinem realen Bedürfnisse, und nur um eines solchen willen darf der Staat in Thätigkeit gesetzt werden. Als die Universität Berlin gegründet wurde, galt es das durch die französischen Siege auf das Tiefste herabgedrückte deutsche Volksbewußtsein aufzurichten und zu idealem Wollen zu erheben, eine Aufgabe, die auf das Glänzendste gelöst worden ist. Als acht Jahre darauf die Universität Bonn in das Leben gerufen wurde, erhielt sie die Bestimmung, eine durch die französische Herrschaft und zum Theil schon früher durch die des Krummstabes allem nationalen Bewußtsein entfremdete Bevölkerung wieder in das deutsche Culturleben einzuführen und dadurch zu einem gesunden Gliede des preussischen Staats zu machen: ihre Jubelfeier hat vor Kurzem gezeigt, wie sehr sie dieser Aufgabe zu genügen gewußt hat. Allein Aufgaben solcher Art liegen gegenwärtig nicht vor. Wohl müssen wir als letzte Spur fremder Intervention auf deutschem Boden und als Folge unserer eigenen Zerissenheit noch die politische Mainlinie ertragen; aber auf den geistigen Culturgebieten, auf denen eine Universität ihre Thätigkeit entfaltet, gibt es keinen Main zu überbrücken: an ihnen arbeiten Süddeutsche und Norddeutsche ohne jeden Unterschied. Während die norddeutschen Städte die aus dem Cotta'schen Verlage hervorgehenden Lieder süddeutscher Dichter vielleicht am meisten kaufen, liest man in den württembergischen Stiften die Werke Kant's, Hegel's und Schleiermacher's mit einem Eifer, wie es kaum noch in Berlin geschieht. Noch weniger kann in dieser Hinsicht von einer auszugleichenden Verschiedenheit zwischen den Bewohnern der alten und denen der neuen Provinzen Preußens die Rede sein. Was den letzteren zum großen Theile und noch mehr den Süddeutschen fehlt, ist der Staats Sinn, das in Fleisch und Blut übergegangene Gefühl, daß nicht der Staat der beste ist, der von seinen Bürgern die geringsten Opfer verlangt, sondern der, der am meisten ihre Kräfte weckt und ihre Thätigkeit spornet. Aber diesem Mangel kann nur die Gewöhnung des Lebens, nicht die akademische Bildung abhelfen. Insoweit aber eine Universität, d. h. eigentlich die Gesammtheit der an ihr wirkenden Lehrer des Staatsrechts und der Geschichte, als Mittel betrachtet werden kann die nationale Auffassung der Dinge den Süddeutschen näher zu führen und den verschwommenen Phantastereien der großdeutschen Theoretiker entgegenzuwirken, besitzen wir an Heidelberg einen Vorposten nationaler Gesinnung, wie er kaum besser gewünscht werden kann. Dort ist ein neutraler Boden gegeben, auf welchem vermöge alter Gewöhnung Lehrende und Lernende aus Süd- und aus Norddeutschland in reicher Zahl zusammenströmen

und die mannigfachste Gelegenheit haben auf einander einzuwirken. Die beabsichtigte neue Mainuniversität müßte Heidelberg nothwendig Abbruch thun, ohne doch gerade in dieser Beziehung seine Wirksamkeit ersetzen zu können. Während bei den nationalgesinnten Heidelberger Professoren Niemand etwas Anderes als unabhängige Ueberzeugung voraussetzt, würden die Süddeutschen die vom preußischen Staate angestellten frankfurter Lehrer von vorn herein als befangen betrachten und nicht unterlassen über die officiële politische Missionsanstalt unbarmherzig zu spotten, zumal deren Zweck der Welt mit so lauter Stimme im Voraus verkündet worden ist. Wir fürchten, bis die neue Anstalt Wurzel geschlagen hätte und gedeihlich wirken könnte, würden Jahrzehnte verstreichen, ein Zeitraum, innerhalb dessen, wie dies schon an einer andern Stelle hervorgehoben worden ist, hoffentlich die politischen Gründe weggefallen sein werden, um derentwillen die Anstalt ins Leben gerufen werden soll: zählt doch überhaupt das Leben einer Universität nicht nach Jahrzehnten, sondern nach Jahrhunderten. Daß sie auch Bonn Abbruch thun würde, wollen wir nur nebenher erwähnen.

Läßt man den politischen Gesichtspunkt fallen und faßt man nur die praktischen Gründe in das Auge, so sprechen gegen die frankfurter Universität alle die Bedenken welche überhaupt gegen Universitäten in großen Städten geltend gemacht werden. Der lebhaftere persönliche Verkehr zwischen Professoren und Studenten, dessen Nothwendigkeit immer mehr erkannt wird, ist fast nur in einer kleinen Stadt möglich; dazu kommen die mannigfachen Verführungen einer großen für die Jugend. Wer Berlin kennt, weiß was wir meinen; und doch würden die Gefahren Frankfurts vielleicht noch größer sein. Denn Berlin ist eine in so eminentem Sinn arbeitende Stadt, daß der allgemeine Geist rastloser Thätigkeit in ihr fast unwillkürlich auch den Studenten ergreift, so daß er zwar sehr häufig der Verführung erliegt, aber verhältnißmäßig selten in einem Strudel von Zerstreungen untergeht; auch Leipzig ist in allen diesen Beziehungen, so weit es uns bekannt ist, ein Berlin in verkleinertem Maßstabe. Dagegen ist das westliche Deutschland leichtlebiger und viel mehr auf den Genuß gestellt, und dies gilt insbesondere von Frankfurt.

Bei den Meisten, welche für die frankfurter Universität gestimmt sind, wirkt bewußt oder unbewußt die Vorstellung, daß Frankfurt für die Verluste, die es im Jahre 1866 erlitten hat, schadlos gehalten werden müsse. Ist dabei die Meinung bloß die, daß es darauf ankomme den kleinen Bürgerstand Frankfurts für die Summen zu entschädigen, welche die Bundestagsgesandten und ihre fürstlichen Besucher einst in Umlauf setzten, so scheint uns das kaum ein würdiges Motiv für die Verlegung oder die Begründung einer wissenschaftlichen Anstalt zu sein. Außerdem würde in den Augen

mancher noch nicht recht ausgesöhnter Bewohner der neuen Provinz Hessen daran Etwas von der Moral des heiligen Crispinus kleben, da eine ihrer Städte dafür geopfert werden müßte; auch würden ein Paar industrielle Unternehmungen in großem Stile dieselben Dienste leisten. Allein wir geben zu, daß der Gedanke seine tiefere Berechtigung hat. Wir betrachten Frankfurt nicht bloß, wie Viele sich jetzt zu thun gewöhnt haben, als den Entstehungsort jener Schandpresse, welche 1866 den Zorn der preussischen Officiere reizte, oder als eine große Wechselbank für österreichische und amerikanische Coupons, sondern wir sehen in ihm auch die Geburtsstätte Göthe's und die Heimath eines Bürgerfinnes, der tüchtige Kunstinstitute, bedeutende Hospitäler, vortreffliche Schulen gegründet hat und dessen Engherzigkeit eine fast unvermeidliche Folge der politischen Isolirung war. Aufgabe der preussischen Regierung ist es, diesen Bürgerfinn nicht in dumpfer Trauer über das Verlorene verkommen zu lassen, sondern ihn neu zu beleben und ihm eine Richtung auf das große Ganze zu geben. Kein unwesentlicher Hebel dazu würde es sein, wenn in Frankfurt Anstalten begründet würden, deren Wirkungskreis nicht bloß auf das Gebiet dieser Stadt beschränkt wäre, sondern auf den gesammten Staat sich erstreckte, so daß sie wie unwillkürlich das Interesse auf diesen lenken müßten; doch eine Universität halten wir aus den oben angeführten Gründen für dazu ungeeignet. Wir mögen ohne nähere Kenntniß der Verhältnisse nicht entscheiden, ob etwa die eine oder andere der gewerblichen und künstlerischen Anstalten, welche gegenwärtig in der preussischen Hauptstadt vereinigt sind, ohne Nachtheil nach Frankfurt verpflanzt werden könnte, obwohl wir es im Allgemeinen für möglich halten sollten. Aber ein Anderes wollen wir wenigstens Allen, die es angeht, zur Erwägung anheimstellen. Es bestehen in Berlin zwei wissenschaftliche Institute, deren naher Zusammenhang mit einander weder dem einen noch dem andern förderlich ist: die Universität und die Akademie der Wissenschaften. Bei den Anstellungen an der berliner Universität wirkt der Gedanke an die gleichzeitige Thätigkeit in der Akademie zuweilen etwas mehr mit als für die unmittelbaren Lehrzwecke wünschenswerth ist; viel schwerer aber wiegt, daß die Akademie einen zu localen Zuschnitt hat, gewissermaßen nur einen wissenschaftlichen Ausschuß der berliner Universität darstellt. Das Preußen von 1866 verträgt einer wissenschaftlichen Centralanstalt von umfassenderen Dimensionen, größerem Reichthum der Aufgaben, minder localem Charakter; eine solche kann aber sehr wohl an einem Orte gedacht werden, an welchem keine Universität besteht. Wir denken sie uns als einen Verein bedeutenderer Gelehrter, welche den größten Theil ihres Lebens der Lehrthätigkeit gewidmet haben und durch die Vocation an eine solche Akademie die Möglichkeit gewinnen mit völlig auskömmlichem Gehalte und in ruhiger Muße ihre eigenen litera-

rischen Arbeiten zu vollenden, die aber zugleich berufen sind die Ausführungen großer mit vereinten Kräften herzustellender wissenschaftlicher Unternehmungen zu leiten und zu überwachen. Die Zahl solcher Unternehmungen müßte selbstverständlich eine größere sein als sie bisher bei der berliner Akademie zu sein pflegte; auch müßten die Mittel vorhanden sein um immer auf kürzere Zeit und für bestimmte Zwecke jüngere Gelehrte zu ihr heranzuziehen. Für eine Akademie solcher Art müßten wir keinen geeigneteren Ort als Frankfurt a. M., schon deshalb weil dort stets mit gleicher Leichtigkeit süddeutsche wie norddeutsche Kräfte verbunden werden können, und durch sie könnte Frankfurt zum Mittelpunkt eines regen wissenschaftlichen Verkehrs werden. Die vorhandenen Universitäten aber bedürfen weder einer Vermehrung noch einer Ortsveränderung, sondern nur einer wärmeren Pflege und reichlicheren Dotirung.

S. v. M.

Die bairische Armee seit dem Jahre 1868.

München, Anfang Januar 1869.

Sie wissen, daß unsere bisherige Wehrverfassung sich auf das Gesetz vom 15. August 1828 gründete, welches das Heer auf dem Wege der Conscription zu erzeugen befehlt. Hiernach hatte diejenige wehrpflichtige Jugend Baierns (per Jahrgang ca. 42,000 Mann) durch Loosung die Reihenfolge herzustellen, nach der die Einreihung ins Heer geschehen sollte. Hierauf erfolgte die Ausrangirung der Untauglichen, während die Uebrigen nach der Reihenfolge der gezogenen Nummern in die einzelnen Regimenter entweder wirklich eingereicht oder denselben zugeschrieben wurden, ohne in Friedenszeiten irgendwie Dienst thun zu müssen (sog. Unmontirt-Assentirte).

Die glücklichen Inhaber der hohen Nummern entgingen, da die Anzahl der Tauglichen in den weitaus meisten Bezirken stets höher war, als der Bedarf, regelmäßig sowohl dem einen wie dem andern Loose. Wenn die Einberufung eines Militärpflichtigen innerhalb zweier Jahre, vom Tage des Beginns der Militärpflicht an, nicht erfolgte, so war er überhaupt zum Eintritt in das stehende Heer nicht mehr verpflichtet. Der Eingereichte dagegen hatte 6 Jahre in der Armee zu dienen.

Diesem Schicksal konnte man noch dadurch entgehen, daß man einen bereits ausgedienten Ersatzmann stellte, der bei der Infanterie auf durchschnittlich 600—800, bei der Cavalerie auf 800—1000 fl. je nach den Zeitconjunctionen zu stehen kam.

Man hat in diesem Institute der Ersatzmannstellung einen Hauptfehler